

Gesamtinhaltsübersicht

Vorwort	14
Abkürzungsverzeichnis	17
Funktionen des Disziplinarrechts	21
1. Allgemeines	22
2. Wahrung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	22
3. Die Erziehungsfunktion	23
Die Änderungen zum Bundesdisziplinargesetz	25
1. Die Rechtsgrundlagen	26
2. Folgeänderungen	28
3. Neues Tatbestandsmerkmal „Volksverhetzung“	29
4. Ziel des geänderten Bundesdisziplinargesetzes	34
5. Landesdisziplinargesetze	35
Das Dienstvergehen	39
1. Innerdienstliches/Außerdienstliches Dienstvergehen	40
2. Definition des Dienstvergehens	43
3. Die einzelnen Dienstpflichten	44
4. Das Verschulden	85
5. Rechtswidrigkeit	88
6. Schuld	90
7. Keine Unterscheidung zwischen Täterschaft und Teilnahme	91
8. Kein Versuch eines Dienstvergehens	91
9. Dienstvergehen/Bagatelverfehlungen	93
Einheit des Dienstvergehens	95
1. Bedeutung des Grundsatzes der „Einheit des Dienstvergehens“	96
2. Einschränkungen dieses Grundsatzes; geänderte Rechtsprechung des BVerwG	96

Gesamtinhaltsübersicht

3. Können unbekannte Verfehlungen nach Abschluss des Verfahrens noch nachträglich verfolgt werden?	99
4. Bekannte frühere Pflichtenverstöße, die in kein Disziplinarverfahren einbezogen wurden	99
5. Einheit des Dienstvergehens/Verfolgungsverjährung/ Maßnahmeverbot	101
6. Bestandskraft einer Disziplinarmaßnahme/ Rechtskraft einer gerichtlichen Disziplinar- entscheidung	102
Das Legalitätsprinzip	105
1. Das Legalitätsprinzip als Einleitungspflicht bzw. Dienstpflicht zur Einleitung	106
2. Verspätete Einleitung	107
Verwaltungsermittlungen	117
1. Die Bedeutung der Verwaltungsermittlungen	118
2. Vorermittlungen oder Einleitungsverfügung?	119
Das behördliche Disziplinarverfahren	121
1. Das Disziplinarverfahren auf Ebene der Disziplinarbehörde	122
2. Einleitung des Disziplinarverfahrens	127
3. Einleitungsvermerk/Einleitungsverfügung	129
4. Einleitungsverfügung	132
5. Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Antrag des Beamten	136
6. Disziplinare Vorermittlungen	143
Grundsatz der Beschleunigung	145
Beschleunigungsgebot	146
Pflicht zur Durchführung der Ermittlungen, Ausnahmen	151
1. Welche Ermittlungen sind erforderlich?	152
2. Schriftliche Zeugenvernehmung	153

3. Teilnahmerecht des Beamten und des Bevollmächtigten bei der Beweiserhebung	154
4. Ausnahmen von der Ermittlungspflicht	157
Ausdehnung und Beschränkung	169
Dauer des Verfahrens	170
Die einzelnen Disziplinarmaßnahmen	173
1. Die Neuregelung des § 13 Abs. 1 und Abs. 2 BDG	174
2. Die Disziplinarmaßnahmen in § 5 Abs. 1 BDG	175
3. Verweis	175
4. Geldbuße	179
5. Kürzung der Dienstbezüge	180
6. Kürzung der Ruhestandsbezüge	182
7. Aberkennung des Ruhegehalts	182
8. Zurückstufung	183
9. Die Entfernung aus dem Dienst	185
Was ist aus Sicht des Dienstvorgesetzten bzw. der in seinem Auftrag tätigen Ermittlungsführer zu beachten?	189
1. Der Ermittlungsführer und die Beweiserhebung (im Konkreten) im behördlichen Disziplinarverfahren	190
2. Die erforderlichen Beweise	190
3. Einholung schriftlicher dienstlicher Auskünfte	192
4. Zeugen und Sachverständige	192
5. Der Ermittlungsführer und die Beweiserhebung durch Zeugenvernehmung	193
6. Untersuchungsergebnis/Ermittlungsbericht und abschließende Anhörung	214
7. Muster für das Anschreiben der Schlussanhörung zum Ermittlungsbericht	216
8. Muster für den Aufbau eines Untersuchungsergebnisses/ Ermittlungsberichts	217

Gesamtinhaltsübersicht

9. Abschlussentscheidung	221
10. Die Disziplinarverfügung	227
Ablauf und Muster zum behördlichen Disziplinarverfahren	235
1. Prüfung der vorliegenden Verdachtsmomente	236
2. Vorermittlungsverfahren	236
3. Einleitungsvermerk des Dienstvorgesetzten	236
4. Einleitungsverfügung	237
5. Beauftragung einer die Ermittlung führenden Person	237
6. Durchführung der Ermittlungen durch den Ermittlungs- führer	238
7. Die Ladung und Vernehmung von Zeugen; Anhörung des Beamten	239
8. Erstellung des „wesentlichen Ergebnisses der Ermittlungen“	242
9. Anhörung des Beschuldigten nach Beendigung der Ermittlungen	245
10. Weitere Schritte	245
11. Abschlussvermerk	245
12. Die Entscheidung des Dienstvorgesetzten	246
Maßnahmebemessung	247
1. Bemessungskriterien für die Disziplinarmaßnahme	248
2. Bestimmung des Disziplinarmaßes bei innerdienstlich und außerdienstlich begangenen Dienstvergehen bei gleichzeitiger Verwirklichung eines Straftatbestands	251
3. Notwendige Differenzierung zwischen einem inner- dienstlichen und einem außerdienstlichen Dienstvergehen	258
4. Begehung einer Dienstpflichtverletzung ohne gleichzeitiges Begehen eines Strafdelikts	261
5. Weitere allgemeine Grundsätze für die Bemessung der Disziplinarmaßnahme	262
6. Gebot der erschöpfenden Sachaufklärung	262
7. Allgemeine Bemessungsgrundsätze	263

8. Einzelne Milderungsgründe	265
9. Die Erschwerungsgründe	280
10. Muster Disziplinarverfügung	282
Erhebung der Disziplinarklage	285
1. Grundsätzliches	286
2. Beteiligung der Personalvertretung, der Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen sowie Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten	289
3. Nachtragsdisziplinarklage	295
4. Bindungswirkung an tatsächliche Feststellungen	296
5. Darstellung des persönlichen und beruflichen Werdegangs des Beamten	297
6. Schilderung des Gangs des Disziplinarverfahrens in der Disziplinarklage	298
7. Schilderung des vorgeworfenen Sachverhalts	299
8. Beweismittel	300
9. Rechtliche Würdigung des Dienstvergehens	300
10. Rechtshängigkeit der Disziplinarklage	301
Einleitungshindernisse	303
1. Einleitungshindernis bei Vorliegen eines Maßnahmeverbots	304
2. Das absolute und relative Maßnahmeverbot nach § 14 Abs. 1 BDG	304
3. Ausspruch einer Missbilligung	307
4. Die Bewertung des disziplinarischen Überhangs	308
5. Disziplinarmaßnahmeverbot wegen Zeitablaufs, § 15 BDG	309
Verhältnis des behördlichen Disziplinarverfahrens zum Straf- verfahren oder anderen Verfahren, Aussetzung	313
1. Das Zusammentreffen von Disziplinarverfahren und Straf- verfahren oder anderen Verfahren	314
2. Aussetzung des Disziplinarverfahrens	314

Gesamtinhaltsübersicht

3. Aussetzung des Disziplinarverfahrens wegen Vorgreiflichkeit	315
4. Aussetzung bei einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren	316
Die Bindung an die tatsächlichen Feststellungen in anderen Verfahren	321
1. Bindungswirkung an tatsächliche Feststellungen aus Strafverfahren oder anderen Verfahren, § 23 Abs. 1 BDG	322
2. Bindung der Disziplinargerichte an tatsächliche Feststellungen in Strafurteilen	326
Zulässigkeit von Disziplinarmaßnahmen nach Straf- oder Bußgeldverfahren	329
1. Das Maßnahmeverbot	330
2. Folgen des Maßnahmeverbots	338
3. Zulässigkeit der missbilligenden Äußerung trotz Maßnahmeverbot	339
4. Disziplinarmaßnahmeverbot wegen Zeitablaufs	340
Die Verfahrensbeteiligten im behördlichen Disziplinarverfahren	345
1. Der Ermittlungsführer	346
2. Die beschuldigten Beamten	347
3. Der Bevollmächtigte bzw. Beistand	352
4. Der Personalrat/Betriebsrat	353
5. Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten	358
6. Beteiligung der Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen sowie der Gleichgestellten nach § 178 Abs. 2 Satz 1 SGB IX	360
Unterrichtung des Beamten; Wahrheitspflicht	363
1. Unverzögliche Unterrichtung über die Einleitung des Disziplinarverfahrens	364
2. Pflicht zur wahrheitsgemäßen Aussage	364
3. Einschränkung der beamtenrechtlichen Wahrheitspflicht	366
4. Keine falsche Belehrung!	370

Nachtragsdisziplinarklage	371
1. Gegenstand	372
2. Verfahren	372
Mängel des behördlichen Disziplinarverfahrens oder der Disziplinarklageschrift	373
1. Einleitung	374
2. Anzeige durch den Beamten	374
3. Der Mangel	375
4. Fristsetzung für Mängelbeseitigung	379
Klageerwiderung des Beamten	381
1. Mängel des Verfahrens oder der Klageschrift	382
2. Geständnis	382
Vorläufige Dienstenthebung und Einbehaltung von Bezügen	383
1. Vorläufige Dienstenthebung	384
2. Einbehaltung von Dienstbezügen	393
3. Rechtsschutz	396
Verbot der Führung der Dienstgeschäfte	399
1. Führung der Dienstgeschäfte	400
2. Rechtsstellung des Beamten	400
Zeuge und Aussagepsychologie	401
1. Ziel der Zeugenvernehmung	403
2. Vernehmungsbedingungen	403
3. Art der Vernehmung	403
4. Aussageverhalten	403
5. Dokumentation der Vernehmung	404
6. Vernehmungsbedingungen	404
7. Wartezeiten	404

Gesamtinhaltsübersicht

8. Ort der Vernehmung 404

9. Dauer der Vernehmung 405

10. Anwesenheit Dritter bei der Vernehmung 405

11. Anwesenheit des Beschuldigten bei der Vernehmung
des Zeugen 405

12. Durchführung der Vernehmung 405

13. Spezialkenntnisse 406

14. Subjektive Einschätzung des Erkennens von Täuschungen 407

15. Aussagepsychologische Kenntnisse 407

16. Kommunikationsprozess zwischen Fragendem
und Befragtem 407

17. Bluffen 408

18. Informatorisches Vorgespräch 408

19. Belehrung zur Wahrheit, § 57 StPO 408

20. Angaben zur Person 409

21. Belehrung nach § 52 StPO 409

22. Belehrung nach § 55 StPO 409

23. Unterrichtung über den Untersuchungsgegenstand 409

24. Aufzeichnungen des Zeugen als Gedächtnisstütze 410

25. Vernehmung und Protokollierung 410

26. Weitschweifiger Zeuge 411

27. Schwerfälliger Zeuge 411

28. Befragung 411

29. Keine Entschuldigung über die Frage 411

30. Energischer Ton 411

31. Peinliche/vorwurfsvolle Fragen 412

32. Chance zur Korrektur lassen 412

33. Körpersprache während der Befragung 412

34. Trichtertechnik 412

Vorschriften	413
Bundesdisziplinargesetz (BDG)	414
Bundesbeamtengesetz (BBG)	437
Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamtStG)	439
Strafprozeßordnung (StPO)	440
Strafgesetzbuch (StGB)	442
Literaturverzeichnis	444
Stichwortverzeichnis	445